Stand: 16.12.2025 01:59:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12614

"G9neu: Neunjähriges Gymnasium für Bayern einführen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12614 vom 19.07.2016
2. Beschluss des Plenums 17/12689 vom 20.07.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.07.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 19.07.2016 **Drucksache 17/12614**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

G9neu: Neunjähriges Gymnasium für Bayern einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

das Gymnasium in Bayern pädagogisch und inhaltlich neu aufzusetzen,

– das Gymnasialkonzept soll auf 9 Jahre ausgerichtet sein;
– es soll weiterhin die Möglichkeit geben auch in 8 Jahren auf den Gymnasium zum Abitur zu gelangen;
– die „Mittelstufe plus“ soll nach der Pilotphase nicht ausgeweitet werden.

Die Expertise der Fachverbände soll bei diesem Konzept beachtet werden, ebenso die Evaluation der Mittelstufe plus.

Begründung:

Nach über zwölf Jahren ist das G8 in Bayern immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Die Fehler der Schulzeitverkürzung im Schnellschussverfahren ohne Akzeptanz der Schulfamilie und Bürgerinnen und Bürger sind heute spürbarer als je zuvor. So sprachen sich kürzlich 59 Prozent in einer Umfrage (Institut GMS im Auftrag von Sat.1 Bayern) für ein G9 in Bayern aus. Damit ist das Bild ähnlich deutlich wie in dem laufenden Versuch „Mittelstufe Plus“: etwa zwei Drittel wählten die längere Variante zum kommenden Schuljahr. Trotz geringer Akzeptanz gegenüber dem Modellversuch Mittelstufe plus, bestimmt der Wunsch nach mehr Zeit die Wahl der Schülerinnen, Schüler und ihrer Eltern.

Der Umgang mit Zeit ist ein wesentliches Element in all unseren Überlegungen zur Weiterentwicklung des Bildungssystems und für besseres Lernen. 2014 haben wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf „Abitur im eigenen Takt“ vorgelegt (Drs. 17/2447). Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass es zwei gymnasiale Wege zum Abitur braucht, um der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen am Gymnasium gerecht zu werden und einem Großteil die passende Laufbahn zu ermöglichen. Da gegenwärtig aufgrund der Kultusministerkonferenz-Bestimmungen eine Zwei-Wege-Oberstufe nicht umsetzbar ist, setzen wir uns für ein grundständiges – reformiertes – neunjähriges Gymnasium ein: Ein „G9neu“, mit der Option auch in acht Jahren zum Abitur zu gelangen.

Wir wollen den Schülerinnen und Schülern wieder mehr Lernzeit bis zum Abitur zugestehen. Wir möchten ihnen ein vertieftes und intensives Lernen mit mehr Übungsphasen im Unterricht bieten und das Lernen insgesamt stressfreier gestalten. Die Kinder sollen die Möglichkeit (zurück)erhalten neben der Schule auch noch ihren Neigungen und Interessen in der Gemeinde, im Verein, in der Musikschule oder bei anderen Aktivitäten nachgehen zu können. Zur Entwicklung der Persönlichkeit gehört soziales und emotionales Lernen, kritisches und kreatives Denken sowie die Vermittlung geschlechtersensibler und interkultureller Kompetenzen.

Die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit für Substanz. Wir brauchen ein Gymnasium, das Neugier weckt, das Zeit und Raum lässt, statt permanenten Druck macht und die Schülerinnen und Schüler demotiviert. Denn heute geht es mehr denn je darum, nachhaltiges Wissen und Können in vielfältigen Situationen einzusetzen, auf Neues flexibel zu reagieren und im Team stark zu sein. Dafür muss sich das Gymnasium in Bayern und vor allem die Lern- und Leistungskultur weiterentwickeln. Wir sind überzeugt: Das Gymnasium muss vor allem pädagogisch reformiert werden.

Um die genannten Kernprobleme des G8 zu lösen, ist es nicht ausreichend, zum „alten“ G9 zurückzukehren oder die Mittelstufe plus flächendeckend auszuweiten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.07.2016 **Drucksache** 17/**12689**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/**12614**

G9neu: Neunjähriges Gymnasium für Bayern einführen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Martin Güll
Abg. Thomas Gehring
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Otto Lederer
Abg. Eva Gottstein
Staatssekretär Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen jetzt zur Beratung folgender Dringlichkeitsanträge:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Jetzt G9 umsetzen - keine halben Sachen mehr (Drs. 17/12612)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
G9neu: Neunjähriges Gymnasium für Bayern einführen (Drs. 17/12614)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schülerflucht stoppen - Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 beschließen!
(Drs. 17/12627)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Güll von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit zwei Feststellungen beginnen. Der Bayerische Philologenverband schrieb kürzlich in seiner Verbandszeitschrift:

> G 8 ist gescheitert. Die Erfahrungen, die die Betroffenen mit dem G 8 gemacht haben, sprechen für sich
>
> (Unruhe – Glocke des Präsidenten)
>
> und die Probleme, die sich aus der Schulzeitverkürzung ergeben haben, sind unterdessen offensichtlich: Hochschulen und Arbeitgeber klagen über sinkende Bildungsqualität und mangelnde Reife vieler ... Abiturienten, gymnasialgeeignete ...

Schüler weichen auf die Realschule aus, um Pflichtnachmittagsunterricht zu vermeiden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

notwendige Übungs- und Vertiefungszeiten fehlen, ...

Die CSU-Fraktion, namentlich ihr Chef Thomas Kreuzer, ließ vor Kurzem im "Donaukurier" vermelden, eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium sei endgültig vom Tisch. Zitat: Ein reines G 9 "schließe ich vollkommen aus". – Dabei fühlt sich einer offensichtlich unwohl. Das ist der Herr Ministerpräsident. Er verkündet nämlich, dass in der Kabinettsklausur nächste Woche in Sankt Quirin eine Entscheidung zu erwarten ist, wie es mit der Mittelstufe Plus nach dem zweijährigen Pilotversuch weitergehen soll. Das ist die momentane Gemengelage. – Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbands Max Schmidt hat hier eine ganz klare Haltung. Er vertritt die Gymnasiallehrkräfte. In einer Pressemitteilung heißt es:

Die Mittelstufe PLUS ist für Schmidt allenfalls als Übergangslösung akzeptabel: ‚Dieses Modell kann nicht auf alle bayerischen Gymnasien übertragen werden. Denn weder wären die organisatorischen Herausforderungen dieses Modells für die Schulen noch die Kosten eines G8/G9-Parallelbetriebs für Staat und Kommunen dauerhaft zu stemmen.‘

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man die Fachleute fragt, dann ist das eindeutig. Sie haben die Schulpraxis im Blick und sagen ganz klar und deutlich: Jetzt muss man die Chance ergreifen für ein neues, und wie der Philologenverband sagt, geschlossenes G 9. Man muss sich aussprechen und hier umsteuern. Ich wiederhole angesichts der bevorstehenden Kabinettsklausur für die SPD-Fraktion unsere Forderung hier und heute laut und deutlich: Jetzt G 9 umsetzen! Keine halben Sachen mehr!

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Hängepartie für viele Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrer und Lehrerinnen, Schulleiter und Schulleiterinnen, aber auch die Sachaufwandsträger in den Kommunen zu beenden und zu einem neunjährigen Gymnasium zurückzukehren. Zwölf Jahre Versuch und Irrtum sind genug. Das G 8 in der bayerischen Form ist klar gescheitert.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Lachhaft!)

Ich darf daran erinnern: 2003/2004 hatte die CSU angesichts ihrer damaligen Allmacht eine Entscheidung ohne jegliche pädagogische Begründung gefällt, die Schulzeit zu verkürzen.

(Beifall bei der SPD)

Damals war die Zeit, in der ökonomische Grundsätze im Vordergrund standen. Schule war ein Kostenfaktor. Damals hatte die Finanzministerkonferenz errechnet, man könne durch eine einjährige Schulzeitverkürzung ungefähr eine Milliarde DM sparen. Das war der Grund dafür, die Schulzeit zu verkürzen. Die Verkürzung hatte keinen pädagogischen Grund. Aus diesem Grund haben wir in der SPD-Fraktion uns damals vehement dagegen ausgesprochen, im Übrigen in guter Einheit mit den Lehrer- und Elternverbänden, die ebenfalls ganz klar gesagt haben: Es gibt keine pädagogischen, keine schulpraktischen und vor allem keine die Bildungsqualität betreffenden Gründe, die Schulzeit zu verkürzen.

Wie wir wissen, hat es nichts geholfen. Die CSU hat sich über Nacht durchgesetzt und, wie ich finde, das G 8 planlos und organisatorisch wie pädagogisch grenzwertig eingeführt. Dies war der Hauptfehler. Man kann natürlich auch die Hauruck-Aktion bemängeln; aber der Hauptfehler damals war diese pädagogische Planlosigkeit. Daran knabbern wir bis heute. Das ist der Grund, warum wir heute feststellen müssen, dass das G 8 trotz – das sage ich ausdrücklich – aller Bemühungen vor Ort gescheitert ist; denn alle, Schulleiter und Schulleiterinnen, Lehrer, Schüler und Eltern haben sich be-

müht, aus dem achtjährigen Gymnasium das Beste herauszuholen. Aber das wurde kein Erfolgsmodell, wie wir alle wissen.

Es wurde auch kein Erfolgsmodell, als Sie, liebe CSU-Fraktion, gemeinsam mit dem Kultusministerium begannen, hier "Verschlimmbesserungen" einzuführen und die Lehrpläne zu verkürzen. Sie haben das dreimal versucht. Die Belastung aber wurde nicht geringer. Sie haben versucht, die Pflichtstundenzahl zu reduzieren. Auch das half nichts. Sie wissen, dass dieses Korsett, in dem wir mit der Vorgabe der Kultusministerkonferenz von 265 Jahreswochenstunden stecken, an bis zu drei Tagen pro Woche zum Pflichtunterricht am Nachmittag führt. Damit fehlt vielen leider Gottes auch weitgehend die Zeit für Aktivitäten, die für Schüler ganz wichtig sind, nämlich die musischen, sportlichen und andere Aktivitäten.Das haben wir immer schon bei der Umsetzung bekrittelt.

Auch Ihr Flexijahr ist ein Rohrkrepierer. Es hat nichts geholfen, da es keiner wollte. Dann kam die Mittelstufe Plus. Sie sagen, das sei eine gute Idee. Die Mittelstufe Plus bedeutet, dass die Mittelstufe dazu dient, den Schülern mehr Zeit zu geben. Obwohl die Eltern das Modell angenommen haben, hätten wir die Mittelstufe Plus gar nicht gebraucht. Das Turbogymnasium lehnen ungefähr 60 % der bayerischen Bürger ab. Jetzt, nachdem die zweite Einschreibung in den Pilotschulen vorgenommen worden ist, wissen wir, dass Eltern sich bei Wahlfreiheit zwischen längerer oder kürzerer Schulzeit klar und deutlich für mehr Bildungszeit entscheiden. Die Zustimmungsraten betragen vor Ort zum Teil 80 %. Das sollte uns zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich daran erinnern, dass der Herr Finanzminister gestern, auch wenn er heute nicht da ist, anlässlich der Diskussion über das Riedberger Horn gesagt hat, man müsse die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und einbeziehen und die CSU wolle das bei diesem Thema auch tun. Ich frage Sie ernsthaft: Brauchen Sie noch mehr Beweise, dass die Bürgerinnen und Bürger, Ihr Koalitionspartner, eine klare An-

sage dahingehend gemacht haben, dass Sie heute ein klares Signal geben müssen, um das neunjährige Modell zu steuern? – Wir glauben, jetzt ist die Zeit dafür.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber auch klar sagen: Wir von der SPD-Fraktion reden dem alten G 9 nicht das Wort. Auch das muss klar sein. Wir wollen ein modernes neunjähriges Gymnasium, und wir wollen das Gymnasium pädagogisch weiterentwickeln, allerdings basierend auf einer neunjährigen Grundstruktur. Es ist auch notwendig, dies später in das Gesetz zu schreiben. Weil wir wissen, dass Schulzeitverkürzungen für leistungsstarke Schüler durchaus sinnvoll sein können, haben wir in unseren Dringlichkeitsantrag die Forderung aufgenommen, dass attraktive Überholspuren einzubauen sind. Das bedeutet aber, anders als es die FREIEN WÄHLER in ihrem Antrag fordern, nicht ein generelles Wahlrecht, sondern wir wollen die neunjährige Grundstruktur mit einer Überholspur für leistungsstarke Schüler ergänzen. Auf keinen Fall – ich denke, darin sind sich alle Schulpraktiker einig – darf das Modell der Mittelstufe Plus flächendeckend ausgebaut werden. Das wäre auf keinen Fall sinnvoll und zielführend, und zwar aus organisatorischen Gründen – ich habe es vorhin schon erwähnt –, aber auch, weil es weder die Unterstufe noch die Oberstufe in irgendeiner Form entlastet.

(Beifall bei der SPD)

Man muss an dieser Stelle an die Kommunen denken, die mit dieser Form des Modells überhaupt nicht zurechtkommen, weil sie keine Planungssicherheit haben. Sie müssen auch an die Sachaufwandsträger denken, die klare Planungsstrukturen brauchen.

Ich denke, dass wir mit diesem grundständigen neunjährigen Gymnasium sowohl für Schüler als auch für Lehrkräfte wieder eine vernünftige Grundstruktur haben, indem wir die Unter-, Mittel- und Oberstufe in etwa 30 Pflichtwochenstunden unterteilen. Wir kommen dann auf 270 Stunden. Ein bisschen mehr schadet nicht; denn wir können dann die Kürzung wieder zurückholen. Wir vermeiden aber vor allem den Pflichtnach-

mittagsunterricht. Das ist der Hauptgrund, warum Schülerinnen und Schüler und deren Eltern das Gymnasium meiden und zur Realschule abwandern. Das kann es nicht sein. Die Umsetzung hätte die zusätzliche Folge, dass der mittlere Schulabschluss wieder nach der 10. Klasse vergeben werden könnte, wie es eigentlich in Deutschland üblich ist. Es gibt also viele Gründe, das Modell der Mittelstufe Plus nicht fortzusetzen, sondern ein vernünftiges Konzept zu machen.

Wir müssen im Zusammenhang mit dem Gymnasium über vieles nachdenken, vor allem über die Oberstufe. Wir wissen, dass viele Eltern, Lehrer und Schüler eine Veränderung wünschen, nämlich, dass die Schüler Vertiefungsmöglichkeiten erhalten. Das lässt sich in einer dreijährigen Oberstufe besser machen, als in einer Turbooberstufe mit den zwei Jahren. Auch hier gibt es pädagogische Gründe.

Zusammengefasst: Wir sollen jetzt entscheiden, uns die Zeit zu nehmen, das moderne G 9 vernünftig auszustatten und vernünftig zu planen. Das ist selbstverständlich eine politische Entscheidung, die hier und heute im Landtag gefällt werden muss. Die Entscheidung muss in Richtung auf das neunjährige Gymnasium getroffen werden. Wir bitten deshalb darum, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch zwei Sätze zu den anderen Dringlichkeitsanträgen sagen: Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Ich finde, er ist fast inhaltsgleich; er weist in der Begründung ein paar andere Gedanken auf, aber inhaltlich haben wir weitgehend gleiche Positionen. Das ist zustimmungsfähig.

Bei dem Antrag der FREIEN WÄHLER tun wir uns ehrlich gesagt, ein bisschen hart. Er sieht ein klassisches Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 vor. Wie ich ausgeführt habe, sehen wir das so nicht. Der Antrag besteht aus zwei Teilen, und dem zweiten Teil kann man durchaus nähertreten. Wenn die FREIEN WÄHLER sich dazu entschließen würden, über die beiden Teile getrennt abstimmen zu lassen, würden wir den ersten Teil ablehnen, aber dem zweiten Teil zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Herr Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich mit dem Thema Gymnasium in Bayern beschäftigt, stellt man fest, dass es viele Gerüchte, Spekulationen und diffuse Aussagen von Verantwortlichen sowie Machtworte gibt, bei denen man nicht weiß, wie lange sie halten. Man spekuliert darüber, wie sich letztendlich irgendwann der Ministerpräsident entscheiden wird, indem er dann vielleicht ein tatsächliches Machtwort spricht, obwohl niemand weiß, was herauskommt. Man hat ein bisschen Sorge, dass etwas kommt, was man nicht so richtig kontrollieren kann. Oft erzählen mir Lehrerinnen und Lehrer, die auf Fortbildung waren, es sei klar, das G 9 komme wieder. Wir haben aber ein Machtwort des Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kreuzer, gehört. Er hat am 12. Juli gesagt, das G 9 sei vom Tisch, und das G 8 werde erhalten. Man weiß aber nicht, was der Ministerpräsident sagt. Vielleicht kommt bei der Tagung in Sankt Quirin etwas heraus, was heute keiner erwartet.

Wir stellen gleichzeitig eine Sprachlosigkeit der Bildungspolitiker in der CSU-Fraktion zu diesem Thema fest. Dass sie gut über die Vergangenheit reden können, sei ihnen zugestanden, aber hinsichtlich der Zukunftsperspektive und der Frage, wie es weitergeht, hört man von ihnen nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Kultusminister, der offensichtlich bei seinen Auftritten im Bildungsausschuss bezüglich der Zukunft des Gymnasiums keinen Plan hat. Man muss sogar sagen: Der Spaenle hat nicht einmal ein Plänle zu diesem Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sache mit der Mittelstufe Plus ist strategisch auch schlecht eingetütet worden. Man testet die Mittelstufe Plus in einer zweijährigen Pilotphase. Diese Pilotphase endet ein Jahr vor der Landtagswahl. Es ist zu erwarten, dass bei einer größeren Nachfrage der Eltern nach der längeren Bildungszeit ein Jahr vor der Landtagswahl wieder eine G 8-/G 9-Diskussion entsteht. Ich weiß, dass ein guter Wahlkämpfer wie Herr Seehofer so etwas meidet wie der Teufel das Weihwasser. Er will das Thema vorher abräumen, aber es läuft alles darauf hinaus, dass wir noch ein Jahr Mittelstufe Plus haben und dann nächstes Jahr die Diskussion führen müssen.

Die Mittelstufe Plus ist ein Modell, das nicht in der Fläche ausdehnbar ist. Es funktioniert vor Ort nicht, erfordert einen hohen Organisationaufwand und bringt Mehrkosten, die man in eine bessere Pädagogik stecken könnte. Die Mittelstufe Plus führt auch nicht zu einer inhaltlichen Verbesserung der pädagogischen Arbeit an den Schulen. Die Mittelstufe Plus wird nachgefragt, und die Nachfragequoten der Schülerinnen und Schüler und der Eltern liegen bei 60 % und höher. Das bedeutet, die Eltern fragen nicht nach der Mittelstufe Plus, sondern wollen eine längere Lernzeit für das Gymnasium. Das ist Tatsache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns in diesem Fall nicht wie der Kultusminister verhalten, der eine Politik nach dem Prinzip des Muddling-Through, zu Deutsch des Durchwurstelns, betreibt. Wir brauchen jetzt ein Innehalten und eine klare Ansage, wie es weitergehen soll. Für uns ist ganz klar: Wir brauchen beim Thema Gymnasium einen Neubeginn. Die Entwicklung muss in Richtung eines G 9 neu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen das Gymnasium von neun Jahren her denken. Wir brauchen eine pädagogische Reform des Gymnasiums. Dabei geht es nicht um das alte G 9 und auch nicht um eine Rückkehr zur alten "Paukschule". Wir brauchen ein reformiertes neun-

jähriges Gymnasium mit der Option, dieses Gymnasium auch in acht Jahren durchlaufen zu können.

Was sind die Eckpunkte und die Ziele unseres Dringlichkeitsantrags? – Die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit: Sie brauchen Zeit für Substanz und für substanzielle Arbeit. Sie brauchen ein Gymnasium, das Zeit und Raum lässt, statt permanent Druck zu machen, wie das im heutigen G 8 der Fall ist; denn die Schülerinnen und Schüler werden dadurch demotiviert. Am Gymnasium müssen nachhaltiges Wissen und Können gefördert werden. Die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit, aber nicht für mehr Stoff. Inhalte, die aus den Lehrplänen herausgenommen worden sind, sollen nicht wieder in die Lehrpläne reinkommen. Vielmehr sollen die Schülerinnen und Schüler Zeit haben, um das Gelernte zu vertiefen, zu üben und zu reflektieren. Das eigentliche Ziel eines Gymnasiums ist es schließlich, das eigene Nachdenken zu befördern. Dieses eigene Nachdenken braucht manchmal Zeit. Die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit, um das eigene Nachdenken zu üben.

Außerdem muss das Gymnasium weitaus mehr Anwendungsbezüge herstellen, als das heute der Fall ist. Das Gelernte muss auch einmal in der Praxis erprobt werden. Es schadet nicht, wenn ein Abiturient später einmal die Fläche eines Fliesenbodens in Quadratmetern berechnen kann, wenn er ein neues Badezimmer einrichten will. Mein Eindruck ist, dass die Schülerinnen und Schüler dies am Gymnasium momentan nicht lernen. Des Weiteren muss am Gymnasium mehr Zeit für die Berufs- oder Studienorientierung aufgewandt werden. Ich sage ganz klar: Dabei geht es sowohl um die Studienorientierung als auch um den Weg der Schülerinnen und Schüler in die duale Ausbildung. Dies muss die Aufgabe eines zukunftsorientierten Gymnasiums sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Reform dieses Gymnasiums. Es geht nicht einfach darum, die Ausbildungszeit und die Inhalte der Lehrpläne von acht auf neun Jahre zu strecken. Die Lehrpläne müssen noch einmal überarbeitet werden. Wir müssen prüfen, ob der Stoff

zum richtigen Zeitpunkt vermittelt wird. So könnte die Mittelstufe entlastet werden. Wir brauchen außerdem eine neue Fremdsprachenfolge. Die Vermittlung der zweiten Fremdsprache ab der sechsten Klasse erweist sich für viele Schülerinnen und Schüler als große Hürde. Wir müssen deswegen die zweite Fremdsprache wieder ab der siebten Jahrgangsstufe einführen, wie das bisher der Fall war.

Wir brauchen eine Lehrplanreform. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Mittlere Reife künftig wieder ab der zehnten Jahrgangsstufe erhalten. Sie müssen die Option erhalten, schneller voranzugehen und die elfte Jahrgangsstufe entweder zu überspringen oder für ein Auslandsjahr zu verwenden. Wir müssen die Oberstufe reformieren und Schwerpunktbildungen ermöglichen, wie der Philologenverband vor Kurzem gefordert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch keinen Wahlkampf. Deshalb haben wir die Chance, vielleicht zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Wir könnten eine solche Lösung fraktionsübergreifend und unter Einbeziehung der Verbände erreichen und Eckpunkte für ein neues G 9 formulieren. Wir sollten uns dabei momentan nicht an Kleinigkeiten oder an Begrifflichkeiten aufhalten. Deswegen werden die GRÜNEN den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Allerdings glaube ich, dass sich die FW-Fraktion noch einmal überlegen müsste, wie sie sich klar positionieren kann und welche Wortwahl die richtige ist, wenn es um das zukünftige Gymnasium geht. Ich glaube, wir müssen jetzt gemeinsam vorangehen.

Ich möchte noch einen letzten Satz zum zweiten Teil des Dringlichkeitsantrags der FW-Fraktion sagen: Die "Flucht" der Schülerinnen und Schüler aus Bayern in andere Bundesländer beschäftigt mich schon lange. Zum ersten Mal liegen dazu nun Zahlen vor, auch dank der Initiative des Lindauer Oberbürgermeisters. Ich stelle fest, dies ist nicht nur ein Thema des Gymnasiums. Die Schülerinnen und Schüler gehen nicht nur wegen des Gymnasiums nach Baden-Württemberg und erhalten dort gute Abschlüsse. Dieses Thema betrifft auch die Mittelschulen und die Realschulen. Diese "Flucht"

ist auch auf das fehlende Angebot der Gemeinschaftsschulen zurückzuführen, die es in Baden-Württemberg, aber nicht in Bayern gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Ich bitte Sie, sich dieses Themas anzunehmen und nicht an einem G 8 festzuhalten, das so nicht funktioniert. Verabschieden Sie sich endlich von dieser Mittelstufe Plus, und nutzen Sie die Chance für einen Aufschlag zu einem reformierten G 9.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Piazolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIEN WÄHLER haben die bayerische Bildungslandschaft bewegt. Seitdem wir im Jahr 2012 für das bayerische Gymnasium die Wahlfreiheit zwischen dem G 8 und dem G 9 proklamiert haben, wurden von den anderen drei Fraktionen innerhalb von vier Jahren neun verschiedene Modelle entwickelt. Ich möchte sie Ihnen einmal in aller Kürze vorstellen:

Die CSU trat im Jahr 2013 für ein G 8 pur ein. Ministerpräsident Seehofer sagte in seiner Regierungserklärung: Wir wollen Ruhe am Gymnasium. Im Jahr 2014 hat Herr Dr. Spaenle die Flexistufe eingeführt. Im Jahr 2015 folgte die Mittelstufe Plus. Das sind drei verschiedene Ansätze, trotz der Ruhe.

Die SPD trat im Jahr 2012 mit einem Dringlichkeitsantrag für ein G 8 mit flexibler Oberstufe ein. Im Jahr 2013, ein Jahr später, forderte sie ein Gymnasium mit zwei Geschwindigkeiten. Heute, 2016, fordert die SPD eine Rückkehr mit Variationen zum G 9. Das sind wiederum drei Ansätze.

Die GRÜNEN forderten im Jahr 2013 ein G 8 mit weniger Druck. Im Jahr 2014 forderten die GRÜNEN eine eigenverantwortliche Oberstufe. Im Jahr 2016 wollten die GRÜ-

NEN, dass das G 9 neu aufgesetzt werden soll. Das sind insgesamt neun verschiedene Ideen in vier Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einzigen, die in dieser Zeit Linie gehalten haben, sind die FREIEN WÄHLER mit ihrem Modell "Wahlfreiheit".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zumindest haben wir die anderen Fraktionen und die bayerische Bildungslandschaft in Bewegung gebracht. Was ist sinnvoll? – Sehen wir uns einmal das jetzige Modell an. Was wollen denn die Eltern?

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie sollten sich fragen, was sinnvoll ist!)

Im Moment wollen 60 % der Eltern, die Kinder in der Mittelstufe Plus haben, einen neunjährigen Zug. 40 % der Eltern wollen einen achtjährigen Zug. Das bedeutet, die Eltern wollen Wahlfreiheit. Die Eltern wollen das, was auch die FREIEN WÄHLER wollen. Deshalb ist das auch sinnvoll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Grundsatz lautet: Mehr Zeit. Hier sind wir uns mit der SPD und den GRÜNEN einig. Wir wollen aber auch mehr Individualität. Das Gymnasium soll nicht für alle gleich sein. Wichtig ist, dass dem Elternwillen und dem Kindeswohl Rechnung getragen wird. Bei einem Abiturienten-Anteil von 40 % bedeutet das, dass das Gymnasium variabel und individuell gestaltet werden muss. Wir müssen deshalb sorgfältig auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land und auf die Unterschiede der einzelnen Züge eingehen. Die Lerngeschwindigkeit der Kinder ist unterschiedlich. Diese Geschwindigkeit bleibt in den neun Jahren nicht gleich. Jeder weiß, in der Pubertät und in der Zeit vor der Pubertät lernen die Kinder mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Wir wollen auch eine größere Eigenverantwortlichkeit vor Ort. Wir trauen den Schulen zu, dass sie selbst entscheiden, in welche Richtung sie gehen wollen. Diese Entschei-

dung kann auch in den Bildungsregionen und in den Landkreisen getroffen werden. Das muss nicht alles vom Kultusministerium zentral entschieden werden. In München, am Salvatorplatz, weiß man nicht unbedingt, was in der Oberpfalz, in Oberfranken oder irgendwo sonst gut ist. Das wissen die Menschen vor Ort besser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen pädagogisch einige Punkte neu aufstellen und neu denken. In diesem Punkt stimmen wir mit den beiden anderen Dringlichkeitsanträgen überein. Ich glaube, angesichts der vielen unterschiedlichen Schülerinnen und Schüler und der unterschiedlichen Familien benötigen wir eine Differenzierung am Gymnasium. Die Wahlfreiheit ist daher der richtige Weg. Die Mittelstufe Plus ging in eine bestimmte Richtung. Dieser Weg wurde erst vor Kurzem beendet.

Die CSU hat untereinander Diskussionsbedarf. Deshalb geht sie jetzt auch nach Sankt Quirin. Das ist ganz gut. Dort kann man sich einschließen. Dort weht vielleicht ein religiöser Geist. Vielleicht tut sich dann etwas. Da kommen dann die Kreuzers, die Waschlers, die Lederers, die Seehofers und alle miteinander zusammen. Vielleicht kommt an diesem Abend dann etwas Vernünftiges heraus, ein Schritt, mit dem man aus den Klostermauern herauskommt, sodass vielleicht auch alle anderen sagen können: Ja, da ist der Heilige Geist über uns gekommen. Darauf hoffen wir und dafür beten wir.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Erscheinung in Gestalt des Ministerpräsidenten!)

Lest vorher einfach noch einmal den Antrag der FREIEN WÄHLER durch. Wenn ihr dem Geist nicht vertraut, dann vertraut ihr vielleicht den Buchstaben, und dann wird die Debatte vielleicht auf einen guten Weg gebracht. Kindeswohl und Elternwille sind die entscheidenden Stichworte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr interessant, was die Vertreter der Opposition alles wissen. Sie wissen, wer in Sankt Quirin dabei sein wird. Herr Kollege Piazolo, ich wusste gar nicht, dass ich dorthin fahren werde. Jetzt habe ich es gerade von Ihnen erfahren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dürfen Sie nicht mit?)

Die SPD weiß sogar, was dort beschlossen wird: In ihrem Antrag steht bereits, was in Sankt Quirin beschlossen werden wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist nur die Prognose!)

Das ist höchst interessant. Jetzt begeben wir uns aber wieder in die Niederungen der Tatsachen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Niederungen, das passt schon!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin habe ich den Vorwurf gehört, die CSU habe keinen Plan. Doch, wir haben einen Plan! Ich habe Ihnen den Plan hier schon viele Male erklärt. Welch ein Wunder! – Wieder einmal ist, wie schon viele Male in der Vergangenheit, das Thema Gymnasium vonseiten der Opposition aufgerufen worden. Wieder einmal zeigt sich, dass die Opposition zu diesem Thema keine einheitliche Meinung hat. Herr Piazolo, ich werde aufzeigen, dass auch die FREIEN WÄHLER in der letzten Zeit bei diesem Thema einen Schlingerkurs gefahren sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU hat doch drei verschiedene Meinungen!)

Wir können hierzu Folgendes festhalten: Wir hatten im Jahr 2014, denke ich, einen Bildungsdialog angestrengt; Kultusminister Spaenle war hier sehr aktiv. Am Ende dieses Bildungsdialogs hat die CSU ein Konzept vorgeschlagen. Alle anderen Fraktionen des Landtags haben während des Bildungsdialogs Gesetzentwürfe eingebracht, um

diesen Dialog frühzeitig zu beenden. Das ist meine Erklärung dafür; ansonsten habe ich leider keine.

Wir wollten den Dialogprozess zu Ende führen und am Ende – nach der Methode: zuhören, verstehen und umsetzen – ein Konzept auf den Weg bringen. Wir haben damals in Banz ein Konzept mit vier Säulen beschlossen, mit dem LehrplanPLUS, der Lehrerbildung, der zeitgemäßen Gymnasialpädagogik und der individuellen Lernzeit. Innerhalb der vierten Säule ist ein Teilaspekt die Mittelstufe Plus.

Wir hatten über das Konzept noch nicht einmal im Plenum diskutiert, da hatte bereits jede Oppositionsfraktion eine Pressemeldung veröffentlicht, in der zu lesen war: Die Mittelstufe Plus ist eine Sackgasse, Murks, Note mangelhaft, Sitzenbleiber-Klasse, usw.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das stimmt doch! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das sind die Hellseher da drüben!)

Interessant ist, dass dieselben Oppositionsparteien, unter anderem auch die FREIEN WÄHLER, nicht sehr viel später forderten, den Pilotversuch auszuweiten. Plötzlich war man der Meinung, dass dies vielleicht doch eine gute Idee sei.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Von uns nicht!)

– Kollege Gehring sagt, von uns nicht; da gebe ich ihm für diesen Antrag recht. Herr Kollege Gehring, als aber eine Petition eingereicht wurde, um eine weitere Schule, nämlich das Gymnasium Kronach, ins Pilotprojekt aufzunehmen, haben auch die GRÜNEN dafür gestimmt.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2015 stellten die FREIEN WÄHLER den Antrag, 24 weitere Gymnasien ins Pilotprojekt aufzunehmen. Die SPD hat natürlich zugestimmt. Im Jahr 2015 hat das Gymnasium Kronach seine Petition eingereicht. Die Opposition hat geschlossen zuge-

stimmt. Im Jahr 2016 forderten die FREIEN WÄHLER, das Pilotprojekt auch auf München auszuweiten. Herr Piazolo, es ist gar nicht lange her, da standen Sie hier und kämpften dafür, dass die Mittelstufe Plus auch auf Münchner Gymnasien ausgeweitet werde. Heute haben Sie dazu eine andere Meinung. Was hier vonstattengeht, ist sehr interessant.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Güll hat versucht, die Historie ein Stück weit aufzuzeignen. Der Kollege Piazolo hat ein bisschen dagegengehalten. Herr Kollege, Sie haben aber zwei wichtige Ideen vergessen, die die SPD in den vergangenen vier Jahren in puncto Gymnasium entwickelt hat. Ich bin auf ganze fünf Modelle gekommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das schafft ihr doch gleichzeitig!)

Sie haben vergessen, dass es zuvor eine Gesetzesänderung zum G 9 gegeben hat. Hier wollte die SPD ein G 9 bei gleichbleibender Stundenzahl einführen. Dies hätte dazu geführt, dass in der Unterstufe teilweise nur 28 Wochenstunden möglich gewesen wären. Noch 2012 hat der bildungspolitische Sprecher der SPD, Kollege Güll, nach einer Expertenanhörung gesagt:Wir brauchen kein unsinniges zusätzliches Jahr am Gymnasium.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört! Hört!)

Das waren die Überlegungen noch vor wenigen Jahren. In der Vergangenheit hat sich aber sehr viel entwickelt. Ob das G 8 tatsächlich so gescheitert ist, wie es Kollege Güll gesagt hat, weiß ich nicht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was wissen Sie dann? – Nichts!)

Die Übertrittsquoten sind gestiegen. Die Qualität unserer Abiturienten ist deutschlandweit anerkannt. Vor diesem Hintergrund meine ich, dass wir ganz offen und ehrlich diskutieren können. Herr Kollege Gehring, ich komme noch auf Sie zurück.

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD "Jetzt G9 umsetzen – keine halben Sachen mehr": Wenn wir uns jetzt nach nicht einmal einem Schuljahr in der Pilotphase auf irgendetwas festlegen würden, wäre es aus meiner Sicht verfrüht. Wir sollten alle Beteiligten einbinden. Die Arbeit, die an den Pilotschulen gemacht wird, würden wir geringschätzen, wenn wir jetzt den Pilotversuch abbrechen würden. Wir sollten die Pilotphase abwarten und nach einer soliden Evaluierung entscheiden, in welche Richtung wir das Gymnasium weiterentwickeln wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das Pfeifen im Walde als Arbeitsmethode!)

Der Vorschlag der SPD, ein neunjähriges Gymnasium mit 30 Wochenstunden einzuführen, würde weniger Lernzeit bedeuten, als es im G 9 vor 15 Jahren noch der Fall war. Wir hätten weniger Pflichtstunden als im Gymnasium von damals. Sie wollen aber mehr Lernzeit. Wie Sie das unter einen Hut bekommen, halte ich für sehr spannend. Spielräume für eine qualitative Weiterentwicklung des Gymnasiums sehe ich hier nur begrenzt gegeben.

(Martin Güll (SPD): Doch, jede Menge!)

Über andere Punkte kann man durchaus sprechen, über die Weiterentwicklung der Oberstufe oder über die Frage, wann der mittlere Schulabschluss zu erreichen ist. Da bin ich sehr offen. Darüber, wie wir das in Zukunft gestalten wollen, können wir wirklich diskutieren.

Dass plötzlich alle Verbände in Ihre Richtung gehen würden, Herr Kollege Güll, sehe ich so nicht. Sie haben den Philologenverband zitiert. Das ist richtig. Beim Direktorenverband ist die Meinung schon etwas differenzierter. Der Direktorenverband könnte sich auch ein G 8 vorstellen. Ganz interessant ist übrigens die Haltung der SPD in Nordrhein-Westfalen. Die kann sich nur ein G 8 vorstellen. Dort gab es meines Wissens im Dezember 2014 einen einstimmigen Parteitagsbeschluss zum G 8. Nordrhein-Westfalen hat das G 8 auch als die einzige Lösung klar festgelegt, obwohl auch dort mit über 100.000 Unterschriften das G 9 gefordert wurde.

(Markus Rinderspacher (SPD): So funktioniert Föderalismus, Herr Kollege!)

Hier zu sagen, das G 8 sei grundlegend gescheitert, halte ich für nicht gerechtfertigt.

(Martin Güll (SPD): Das bayerische G 8!)

Dann schauen wir uns den Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN an. Herr Gehring hat heute gesagt, die Schüler bräuchten unbedingt mehr Lernzeit. Beim letzten Gesetzentwurf, den Sie zu diesem Thema eingereicht haben – "Gymnasium im eigenen Takt", meine ich, hat er geheißen –, waren Sie noch der Meinung, dass man die Schwierigkeiten der Unter- und der Mittelstufe nicht durch ein zusätzliches Jahr lösen könnte, sondern dass man dafür pädagogische oder andere Methoden bräuchte. Heute haben Sie hierzu eine andere Meinung. Ich finde es sehr interessant, wie Sie Ihre Meinung geändert haben; denn vor noch nicht langer Zeit hat man aus Ihrem Munde Forderungen gehört wie "kein Schnellschuss", "ja nicht hopplahopp". Jetzt aber sagen Sie plötzlich, die Pilotphase für die Mittelstufe Plus solle nicht ausgeweitet werden, obwohl wir erst im ersten Jahr sind. Das ist eine ganz klare Änderung Ihrer Meinung; denn noch vor Kurzem haben Sie gefordert, dass wir eine gründliche wissenschaftliche Untersuchung dieses Pilotversuchs bräuchten.

Ich befürchte, hier haben sich innerhalb der GRÜNEN andere Kräfte als die Bildungspolitiker durchgesetzt. Vielleicht war es die Fraktionsvorsitzende, die vor einiger Zeit eine diesbezügliche Pressemeldung abgesetzt hat. Wenn man nämlich über die Grenzen Bayerns hinausschaut, beispielsweise in das Nachbarland, das Sie, Herr Kollege, vorhin angesprochen haben, nach Baden-Württemberg, dann stellt man fest: Ministerpräsident Kretschmann, bekanntlich von der Partei der GRÜNEN, lehnt die Rückkehr zum G 9 ab. Ich zitiere aus der Presse: "Ich bin der Überzeugung, dass das Gymnasium nur stark und leistungsfähig sein wird, wenn wir bei G 8 bleiben". – So also sind die Ansichten in anderen Bundesländern.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Wenn Sie, Herr Kollege Gehring, dann in Ihrer Begründung anführen, dass die Kinder die Möglichkeit zurückerhalten sollen, neben der Schule auch ihren Neigungen und Interessen nachzugehen, beispielsweise in der Gemeinde, im Verein, in der Musikschule oder auch bei anderen Aktivitäten, suggerieren Sie damit, dass das die Schülerinnen und Schüler im G 8 nicht tun. Da verweise ich Sie auf wissenschaftliche Untersuchungen der Universitäten Tübingen und Bamberg, ich verweise auf Untersuchungen von Wissenschaftlern aus Hannover und Magdeburg. Ich verweise auch auf Untersuchungen der doppelten Jahrgänge in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Sie beweisen zum Teil das Gegenteil. Diese Untersuchungen kennen Sie, das weiß ich. Ich wollte das heute hier nur einmal anführen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss noch ganz kurz zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Die FREIEN WÄHLER haben nach wie vor noch nicht verstanden, dass die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 tatsächlich gescheitert ist. Ich dachte, damals waren es, wenn ich es richtig im Kopf habe, 2,9 %, die dieses Modell wollten. Als damals der Antrag bei uns im Plenum beraten wurde, war die Schar derer, die ihm zugestimmt haben, relativ klein. Vor diesem Hintergrund denke ich nicht, dass dies der richtige Weg wäre. Ich denke vielmehr, wir sollten die Pilotphase zu Ende führen. Wir sollten eine solide Evaluation machen und die Arbeit, die jetzt in den Pilotschulen gemacht wird, wertschätzen und in unsere Überlegungen einbringen. Dann sollten wir in einen Dialog eintreten – in dieser Frage bin ich ganz d'accord – mit den verschiedenen Verbänden der Schulfamilie. So sollten wir versuchen, gemeinsam eine Lösung zu erwirken. Am Ende sollten wir eine Entscheidung treffen, aber nicht heute.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund werden wir die drei Anträge ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Bevor ich Herrn Professor Dr. Piazolo das Wort zu einer Zwischenbemerkung erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzten, dass die CSU-Fraktion zum SPD-Dringlichkeitsantrag eine namentliche Abstimmung beantragt hat. So, jetzt hat Herr Professor Dr. Piazolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bedauere, dass Sie in Sankt Quirin nicht dabei sind. Ich wusste nicht, dass Ihnen die Teilnahme versagt ist.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich möchte noch eine Erklärung abgeben, weil Sie gefragt haben, warum wir gesagt haben: Wir wollen, dass mehr Schulen die Möglichkeit haben, an dem Pilotversuch teilzunehmen. Ich möchte das, weil es mit anderen Beispielen nicht funktioniert hat, mit einem Essensbeispiel probieren: Wenn Sie darben, wenn Sie nach vielen, vielen Jahren G 8 sehr hungrig sind, weil Sie etwas Neues wollen,

(Ingrid Heckner (CSU): Mein Gott!)

dann wollen Sie die Wahlfreiheit – ich erkläre es einmal so – zwischen einem saftigen Schweinebraten und einem Zanderfilet. Es kommt aber nichts, Sie sind also weiter hungrig. Dann aber wird Ihnen ein Beilagensalat präsentiert in Form der Mittelstufe Plus. Dann essen Sie den erst einmal. Wenn dann immer noch nichts kommt, dann sagen Sie: Ich nehme noch einen zweiten Beilagensalat. So ist das bei uns mit der Mittelstufe Plus gewesen. Wenn nichts anderes kommt, dann sagen wir: Weitet dieses Modell aus, damit die anderen Schulen zumindest den ersten Schritt machen können, damit sie wenigstens diesen Beilagensalat haben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Wir warten aber weiter auf die Wahlfreiheit zwischen Schweinebraten und Zanderfilet. Wir stehen also für Wahlfreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Otto Lederer (CSU): Wenn dem so ist, Herr Kollege, weshalb haben Sie die Mittelstufe Plus dann anfangs so vehement bekämpft?

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Okay, das war's.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um in dem Beispiel zu bleiben: Herr Lederer, im Prinzip bieten Sie mit Ihrem Beilagensalat jetzt genau die Wahlfreiheit an, wenn auch in einer abgespeckten Form – dieses Bild passt nun allerdings nicht –, also in einer anderen Form. Wir FREIEN WÄHLER lassen uns den Vorwurf aber nicht gefallen. Die FREIEN WÄHLER haben, seit sie in diesem Landtag sind, also seit 2008, ganz klar dafür gekämpft, dass Änderungen vorgenommen werden, weil die stümperhafte Einführung und Durchführung des G 8 nicht das Gelbe vom Ei war. Wir waren von Anfang an, all die Jahre hindurch, in dieser Richtung aktiv. Das beweist das Volksbegehren, bei dem sich immerhin über 300.000 Leute für die Wahlfreiheit ausgesprochen haben. Es gibt nun einmal Schüler, die die schnelle Form wollen, und noch mehr Schüler, die die langsamere Form wollen. Es fällt Ihnen doch kein Zacken aus der

Krone, wenn Sie eingestehen, dass Sie jetzt die Wahlfreiheit durch die Hintertüre in Form der Mittelstufe Plus eingeführt haben. Das wollten wir letztendlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Wahlfreiheit, wenn auch in einer etwas anderen Form, als wir uns das vorgestellt haben. Sie trägt aber der Tatsache Rechnung, dass es Schüler und Eltern gibt, die verschiedene Geschwindigkeiten der gymnasialen Bildung wollen.

Herr Kollege Güll, Sie haben vorhin gesagt, man muss die Fachleute fragen. Die Fachleute sind für uns, die FREIEN WÄHLER, aber immer noch die Schüler und die Eltern, also die Betroffenen, und nicht die Verbände.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Verbände sind wichtig, aber die Fachleute sind diejenigen, die in diese Schule gehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich erkenne in der Argumentation der SPD, auch in ihrem Dringlichkeitsantrag, einen Widerspruch. Sie sagen, es gibt eine klare Mehrheitsentscheidung: 60 % wollen die längere Form in den Modellschulen, 40 % hingegen wollen das nicht. Man kann auch von einem Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel sprechen. Das ist sicher eine Mehrheitsentscheidung. In diesem Bereich können wir aber doch nicht sagen, wir lassen die 30 %, die nach wie vor das G 8 wollen, unter den Tisch fallen. Vor zwei Wochen haben Sie bei der Ganztagsschule genau andersherum argumentiert. Da haben Sie gesagt, auch wenn nur eine Mutter oder eine Familie die Ganztagsbetreuung will, dann können wir das nicht mit der Mehrheitsentscheidung ablehnen, sondern dann müssen wir ihnen das zugestehen. So ist es doch auch hier. Wir haben ein klares Bekenntnis, von ungefähr zwei Dritteln der Betroffenen, die mehr Zeit wollen. Ein Drittel will ganz klar die bisherige rasche Form. Dieses Drittel meint, dass das ihrer Begabung und den Möglichkeiten in einer urbanen Gesellschaft – ich nenne beispielsweise

den Nahverkehr – besser entspricht. Setzen Sie diesen Weg bitte nach wie vor fort, und zwar in einer optimierten Weise.

Ich bin Herrn Kollegen Kreuzer – er ist im Moment nicht da – sehr dankbar, dass er im "Donaukurier" ganz klar gesagt hat, dass eine Rückkehr zum reinen G 9 vom Tisch ist. Wir FREIEN WÄHLER interpretieren das ganz klar als ein Eingeständnis für eine künftige Wahlfreiheit. Wenn Sie die Wahlfreiheit nur in der Mittelstufe anbieten, dann können wir über Verbesserungsvorschläge reden. Solche Vorschläge vermisse ich aber bei Ihnen, Herr Kollege Lederer. Sie sagen nicht, man könnte darüber reden, dass beispielsweise die zweite Fremdsprache wieder in die Mittelstufe kommt. Dann wäre nämlich die Stofffülle in der 5. und der 6. Jahrgangsstufe entzerrt. Dann hätten wir auch eine langsamere Gangart. Wir haben auch keine Vorschläge dazu gehört, wie man den mittleren Schulabschluss in der Mittelstufe Plus organisieren könnte. Sie haben aber angedeutet, dass Sie in dieser Richtung weiterarbeiten werden.Sie argumentieren immer damit, Sie könnten nicht jetzt entscheiden, weil Sie noch eine solide Evaluierung abwarten wollen.

(Zustimmung der Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU) und Otto Lederer (CSU))

Wenn Sie eine solide Evaluierung wollen, müssten Sie die vier Jahre des Modellversuchs abwarten. Es geht um die Mittelstufe Plus, die auf der einen Seite drei Jahre und auf der anderen Seite vier Jahre bedeutet. Dann müssen Sie den Versuch bis zum Ende abwarten. Solide zu evaluieren heißt nicht, eine Kabinettssitzung abzuhalten und dann zu entscheiden. Die Zeit läuft Ihnen davon. Sie sollten sich Ihrem Kollegen Kreuzer und Ihrem Ministerpräsidenten anschließen, die sagen: Jetzt fällt die Entscheidung.

Ich habe in den Redebeiträgen ein Wort vermisst, nämlich das Wort "Pubertät". Die Pubertät ist ein Argument für die Sinnhaftigkeit der Mittelstufe Plus. Die Pubertät ist eine kritische Zeit. Manche erinnern sich noch an ihre eigene Pubertät, manche haben

leider in der Jugend gar keine durchlebt und leben sie später aus. Schülerinnen und Schülern in dieser Zeit die Wahl zwischen einem längeren und einem kürzeren Weg anbieten zu können, ist sicherlich sinnvoll. Wir freuen uns, dass die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 kommen und bleiben wird. Sie können mir nicht vormachen, dass Sie das vom Tisch wischen. An den 47 Pilotschulen funktioniert das Modell nämlich. Sie erklären eigentlich immer nur, wie es nicht geht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das erwarten wir von Ihnen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Also geht es doch!)

Je schneller der Beschluss kommt, desto besser. Die Wahlfreiheit ist möglich; dafür haben wir die ganze Zeit gekämpft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sehr interessant!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Gottstein, ich meine, jetzt ist der Zeitpunkt, grundsätzlich über die Gestalt des zukünftigen Gymnasiums nachzudenken. Ich gehe davon aus, dass das zukünftige Gymnasium von neun Jahren her gedacht ist, zugleich aber Optionen für eine Verkürzung der Gymnasialzeit bietet.

Ich habe vorhin gesagt, wir würden dem ersten Teil des Antrags der FREIEN WÄHLER zustimmen. Nach Ihrer Rede – das muss ich sagen – kann ich das leider nicht

mehr tun. Sie propagieren wahllos die verschiedenen Modelle – Wahlfreiheit, Mittelstufe Plus. Modellvielfalt kann gut sein. Ein Weg in die Beliebigkeit ist aber kein guter Weg. Ich hoffe, wir kommen zu einem breiteren und besseren Diskurs über die Zukunft des Gymnasiums. Nach Ihrem Beitrag kann ich Ihrem Antrag leider nicht mehr zustimmen.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört, hört!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wir sehen das Gymnasium nicht in die Beliebigkeit fallen. Wir haben von Anfang an für beide Möglichkeiten gekämpft. Wir haben uns von Anfang an keine Beschränkung auf die Mittelstufe vorgestellt. Das sage ich ganz klar. Kollege Piazolo hat das mit dem Bild vom Fisch und vom Fleisch deutlich erklärt; er ist dann beim Salat gelandet. Ein Gymnasium, das in dieser kritischen Phase differenziert, ist immer noch besser als ein Gymnasium, das gar nicht differenziert.

(Zurufe von der CSU)

Herr Kollege Gehring, zu Ihrem Hinweis – das steht auch in Ihrem Dringlichkeitsantrag –, man könne dann ja auch acht Jahre machen, muss ich feststellen: Sie unterschätzen unserer Meinung nach völlig das Bedürfnis von Schülern und Schülerinnen, in einem Klassenverband zu sein. Das Überspringen von Klassen heißt immer, dass sich der Betreffende von seinem Umfeld trennen muss. Eine Trennung erfolgt ohnehin nach der sechsten Klasse aufgrund der Wahl verschiedener Fächergruppen. Einen Schnelldurchgang außerhalb eines Klassenverbandes lehnen wir ab.

Die SPD hat zu unserem Antrag um zweigeteilte Abstimmung gebeten. Wir bitten darum, über die beiden Punkte unseres Dringlichkeitsantrags getrennt abzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat noch einmal Herr Kollege Güll von der SPD das Wort. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich muss hier ein paar Dinge klarstellen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Jetzt kommen die Korrekturen!)

Die FREIEN WÄHLER sind schwer zu verstehen. Das muss man ganz ehrlich sagen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

– Lieber Herr Kollege Lederer, es ist nicht so, dass die Opposition immer eine Einheit ist; es kann durchaus unterschiedliche Auffassungen geben. Ich finde, es wird nichts besser, wenn Sie noch dreimal sagen, dass die Oppositionsfraktionen keine einheitliche Meinung hätten. Die SPD hat eine klare Auffassung; sie deckt sich mit der Auffassung der GRÜNEN. Unsere Auffassung muss sich aber beileibe nicht mit der Auffassung der FREIEN WÄHLER decken. Das ist auch nicht unser Auftrag, sondern unser Auftrag ist, eine klare Politik zu machen und eine klare Haltung zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Wahlfreiheit ist es so eine Sache. Das Verhältnis von 60 % zu 40 % oder von 70 % zu 30 % von Befürwortern und Gegnern der Mittelstufe Plus ist nicht repräsentativ; denn nur die Eltern bzw. Schüler in der Mittelstufe Plus hatten die Möglichkeit, sich zu entscheiden. Daneben war noch das Regulativ eingebaut, dass eine Regelklasse im G-8-Zug dabei sein musste. Also haben die Schulleiter entsprechend beraten. Das will ich gar nicht kritisieren. Wäre das frei gewesen, sähe das Verhältnis vermutlich ganz anders aus.

Viel entscheidender ist, glaube ich, die Frage: Wollen die Schülerinnen und Schüler, die Eltern – ich sage auch deutlich: und die Lehrer – eine längere Bildungszeit? – Ich meine, durch Umfragen ist bewiesen, dass es so ist. Wenn Sie die Vertreter der Ver-

bände nicht mehr als Fachleute, nicht mehr als Schulpraktiker ansehen wollen, ist das schon bemerkenswert. Ich bin gespannt, welche Reaktion wir darauf bekommen werden. Das sind die Vertreter der Lehrkräfte, die sich in ihren Verbandszeitschriften zu Wort melden. Also kann man sie auch zitieren.

Herr Kollege Piazolo, auch wir wollen die Eigenverantwortlichkeit, aber doch keine Beliebigkeit in der Struktur. Das kann es nicht sein. In der Ausgestaltung kann man Eigenverantwortlichkeit zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber eine klare Ansage, wie das gehen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik hat zu entscheiden. Wir hier im Parlament geben die Grundstruktur vor. Wir schreiben Gesetze und sagen, wie es im Gesetz steht, in welcher Grundstruktur. Die Ausgestaltung – damit habe ich kein Problem – sollen die Fachleute, die Wissenschaftler, die Schulpraktiker machen. Wir geben unsere Ideen dazu. Wir können uns aber doch nicht vor der Frage nach dem Aussehen der Grundstruktur des Gymnasiums drücken. Diese Frage müssen wir hier klar und eindeutig beantworten. Das soll auf der Basis eines neunjährigen Gymnasiums passieren.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch eine kleine Geschichte: Was wäre, wenn Sie Ihre Meinung jetzt ändern würden – nur einmal angenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU? Es soll auch schon in der katholischen Kirche vorgekommen sein, dass man Irrtümer eingesehen und etwas geändert hat. In Sankt Quirin, diesem schönen geistlichen Ort, wäre es doch wunderbar, sich daran ein Beispiel zu nehmen und Irrtümer einzugestehen. Das wäre politische Stärke. Machen Sie das, und kommen Sie zu einem vernünftigen Ergebnis!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir eine gemeinsame Basis haben, treten wir tatsächlich wieder in Dialog.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dagegen habe ich überhaupt nichts. Ehrlicherweise müssten Sie zugeben: Nicht wir haben den Dialogprozess damals abgebrochen, sondern Sie in Kloster Banz. Sie haben irgendetwas nach draußen gegeben, und wir mussten nach dem Motto "Vogel, friss oder stirb!" damit umgehen. Was jetzt auf dem Tisch liegt, ist unbefriedigend; die Menschen wollen das einfach nicht. Die Menschen wollen von uns eine klare politische Ansage. Wir sagen, wir brauchen eine G-9-Grundstruktur mit dem Veränderungspotenzial, das ich vorher genannt habe. Das steht heute hier zur Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Güll, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Professor Dr. Piazolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Güll, zur Klarstellung möchte ich bemerken: Erstens. Kein Vertreter der FREIEN WÄHLER hat hier gesagt, dass in den Fachverbänden keine Fachleute seien. Selbstverständlich sind sie das. Wir hören auf die Verbände und sind im Gespräch mit ihnen. Wir haben nur gesagt, dass man, abgesehen von den Verbänden, auch den Elternwillen und das Kindeswohl beachten muss.

Zweite Bemerkung – zur Wahlfreiheit. Ich gebe Ihnen völlig recht, dass der Pilotversuch natürlich nur einen kleinen Teil abbildet. Wir wissen also nicht, was die anderen Schulen, Eltern und Kinder wählen würden. Deshalb brauchen wir aber doch nicht zu sagen: Wir schreiben euch genau das vor. Wir sagen: Wählt, und zwar alle!

Dritte Bemerkung – einheitliches Schulmodell. Wir mögen vielleicht ein einheitliches Schulmodell in Bayern durchsetzen. In Baden-Württemberg gibt es etwas anderes. Die Wahlfreiheit wurde dort übrigens unter Mitregierung der SPD eingeführt. Auch in

Hessen gilt Wahlfreiheit. In anderen Ländern gibt es noch das G 8. Das heißt, in den deutschen Ländern besteht durchaus Wahlfreiheit und gibt es verschiedene Modelle. Wir sollten in Bayern Wege nicht künstlich verschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Ich muss das jetzt nicht groß kommentieren, möchte aber einfach zur Klarstellung Folgendes sagen: Wir sprechen nicht von Modellen. Wir sprechen davon, dass wir für das Gymnasium nach zwölf Jahren endlich wieder ruhiges Fahrwasser brauchen, und das kann man nur durch eine Grundstruktur wiederherstellen. Über die Ausgestaltung lassen Sie uns anschließend reden. Dann lassen Sie uns auch über Möglichkeiten der Verkürzung reden. Das ist alles in Ordnung. Aber keine Realschule, keine Grundschule, keine FOS, keine Mittelschule und keine Berufsfachschule hat ein beliebiges Modell. Es gibt überall ganz klare Grundstrukturen mit der Möglichkeit, neun plus zwei zu wählen. Im Gesetz steht eine ganz klare Grundstruktur. Darum geht es, und darum drückt sich die CSU. Das wollen wir verhindern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzter hat nun Herr Staatssekretär Eisenreich das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine kurze Vorbemerkung machen, etwas zum aktuellen Stand sagen und vor allem unseren Zeitplan vorlegen.

Erstens, eine Vorbemerkung. Das bayerische Gymnasium mit seinem hohen Qualitätsanspruch, seinen vielfältigen Angeboten und seinen Entwicklungs- und Fördermöglichkeiten steht gut da, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Lehrerinnen und Lehrer leisten großartige Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium sind erfolgreich, wie unter anderem das diesjährige Abitur wieder gezeigt hat. Deswegen

warne ich immer davor, in Reden so zu tun, als seien die Leistungen schlecht. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Die Lehrer leisten großartige Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler und das bayerische Gymnasium stehen gut da. Die SPD und die GRÜNEN – sehr geehrter Herr Piazolo, Sie haben das auf sehr unterhaltsame Art dargestellt – haben ihre Meinung in dieser Frage so oft geändert, dass mich ihr Selbstbewusstsein heute wirklich wundert.

(Beifall bei der CSU)

Mehr möchte ich dazu nicht als Vorbemerkung sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie etwas zur Position der CSU-Fraktion!)

Zweitens, zum aktuellen Stand: Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik, was wir durch viele Maßnahmen und eine konsequente Bildungspolitik seit Langem wirklich bewiesen haben. Die Schülerschaft am Gymnasium ist heterogener geworden. Deswegen haben wir natürlich auch die Frage der Lernzeit am Gymnasium in den Blick genommen und vor einem Jahr die Mittelstufe Plus gestartet. Die Pilotphase der Mittelstufe Plus hat das Ziel, zum einen den pädagogischen Bedarf ergebnisoffen zu ermitteln und zum anderen natürlich auch die Frage der Organisierbarkeit und der Umsetzbarkeit zu betrachten. Wir haben als erste Ergebnisse nach dem einen Jahr eine vergleichsweise große Nachfrage nach der Mittelstufe Plus, und wir haben eine hohe Zufriedenheit. Aber wir sehen auch bezüglich der Organisierbarkeit offene Fragen. Das stellt die Schulen doch vor große Herausforderungen. Das ist der aktuelle Stand.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt, zum Zeitplan für die nächsten Monate. Wir wollen auf der Basis der Erfahrungen in der Pilotphase eine tragfähige Antwort auf die Frage der Lernzeit entwickeln. Wir sind gerade dabei, dafür Eckpunkte zusammenzustellen,

die wir nächste Woche in der Kabinettsklausur vorlegen werden. Tagungsort ist übrigens kein Kloster; das nur als Ergänzung.

Wir wollen dann auf der Grundlage dieser Eckpunkte nach der Sommerpause eine Diskussion beginnen. Wir werden uns für diese Diskussion mehrere Monate Zeit nehmen. Wir wollen in diese Diskussion die gesamte Schulfamilie mit einbinden und werden selbstverständlich auch hier im Haus berichten. Wir freuen uns auf diese Diskussion.

Wir haben also einen ganz klaren Zeitplan. Wir erarbeiten jetzt die Eckpunkte; sie werden die Diskussionsgrundlage sein. Wir werden alle Beteiligten einladen, an dem Diskussionsprozess teilzunehmen. Dann freuen wir uns auf eine konstruktive Diskussion, um am Ende in der Frage der Lernzeit zu wirklich tragfähigen Lösungen zu kommen. Selbstverständlich sind alle Bildungspolitiker und alle anderen, die sich dafür interessieren, herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse als Erstes über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/12612 in namentlicher Form abstimmen. Die Bedingungen sind bekannt. Ich gebe Ihnen dafür fünf Minuten Zeit. Ich weise aber darauf hin, dass wir noch zwei weitere, nicht namentliche Abstimmungen haben, die unmittelbar im Anschluss an diese namentliche Abstimmung folgen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 11.06 bis 11.11 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten Abstimmungszeit sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales festzustellen.

– Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir noch zwei weitere Abstimmungen zu erledigen haben.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal höflich bitten, die Plätze einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12614. Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/12627. Dazu ist eine zweigeteilte Abstimmung über den ersten Absatz und über den zweiten Absatz beantragt worden.

Ich lasse jetzt über den ersten Absatz des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz dieses Antrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12615 mit 17/12621 sowie 17/12628 und 17/12629 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich habe jetzt das Ergebnis der zwei vorangegangenen namentlichen Abstimmungen. Zunächst zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12612 der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Jetzt G9 umsetzen – keine halben Sachen mehr!". Mit Ja haben 51 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 103, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD; Jetzt G9 umsetzen - keine halben Sachen mehr (Drucksache 17/12612)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	51	103	0